



---

## Das WZB in den Medien Nr. 50/2020

20. April 2020

### Agenturmeldungen

„Der Corona-Doppeljob trifft Kita-Eltern hart - und Mütter besonders?“  
Mareike Bünning zitiert in: dpa-Basisdienst, 17. April 2020

### Printmeldungen

„Sie kann doch nichts dafür!“  
Gastbeitrag von Michael Zürn in: Der Tagesspiegel, 18. April 2020

„Wachsendes Bewusstsein für kollektive Güter“  
WZB erwähnt in: Der Tagesspiegel, 20. April 2020

„Die Folgen der Corona-Pandemie treffen die Menschen im Arbeitsalltag unterschiedlich hart“  
WZB erwähnt in: Der Tagesspiegel, 18. April 2020

„Der lange Weg zurück wird schwierig“  
Interview mit Jutta Allmendinger und Jan Wetzel in: Neue Württembergische Zeitung, 18. April 2020

### Online-Medien

„Das Ende des Sachzwangs“  
Wolfgang Schroeder und Günther Schmid erwähnt in: spiegel.de, 17. April 2020

„Drolshagen und Lennestadt als Vorbildkommunen für Verkehrswende“  
Andreas Knie erwähnt in: lokalplus.nrw, 17. April 2020

„Coronavirus Studie: Die Corona-Krise belastet Frauen offenbar mehr als Männer“  
Interview mit Lena Hipp in: Elbe-Jeetzel-Zeitung Online, 15. April 2020

„Job, Familie, Geld: So sehr hat das Coronavirus das Arbeitsleben der Deutschen verändert“  
WZB erwähnt in: merkur.de, 17. April 2020

„Germany is cautiously starting to ease its lockdown - but it's harder than it looks“  
Jutta Allmendinger erwähnt in: the guardian.com, 18. April 2020

## **Hörfunk/Fernsehen**

[„Donald Trump stellt die Zahlungen an die WHO ein“](#)

Interview mit Anna Holzscheiter in: radioeins, 18. April 2020

[„WHO faces criticism in handling virus pandemic“](#)

Interview mit Anna Holzscheiter in: DW news, April 2020

[„Spione, Islam, Zivilcourage und die 70er Jahre in Tirol“](#)

Rezension des Buches „Das verfallene Haus des Islam“ von Ruud Koopmans in: ORF, 17. April 2020  
(ab Minute 2:00)

[„Bericht aus Berlin“](#)

Interview mit Jutta Allmendinger in: ARD, 19. April 2020  
(ab Minute: 15:08)

[„Es ist ernst. Nehmen Sie es ernst!“](#)

Diskussionsrunde u.a. mit Jutta Allmendinger in: radioeins, 19. April 2020

[„Soziologin: Familien-Perspektiven stärker berücksichtigen“](#)

Interview mit Jutta Allmendinger in: NDR, 17. April 2020

## **WZB-Reihe: Corona und die Folgen**

[„COVID-19 and Global Value Chains: Trigger for a Sound Economic Order?“](#)

Beitrag von Florian Butollo, 17. April 2020

[„COVID-19 and European Industry: Global Shocks, Local Shocks and Value-Chain Restructuring“](#)

Beitrag von John Humphrey und Grzegorz Lechowski, 17. April 2020

Ressort: Politik

Mediengattung: Nachrichtenagentur

## (Wiederholung: Doppelten Satz im 9. Absatz entfernt) (KORR-Bericht) Der Corona-Doppeljob trifft Kita-Eltern hart - und Mütter besonders? Von Teresa Dapp, dpa (Foto - Archiv)

Die Corona-Notbetreuung für Kinder wird nun ausgeweitet, das entlastet manche Eltern. Aber viele müssen sich weiter rund um die Uhr um ihren Nachwuchs im Kita-Alter kümmern. Eine echte Nervenprobe - die Mütter noch härter treffen könnte als Väter.

Berlin (dpa) - Zigtausend Eltern in Deutschland haben wohl leise oder auch laut geseufzt, als sie erfuhren: Die deutschen Kitas bleiben erst mal zu. Vielleicht lagen die Kleinen da schon im Bett, vielleicht turnten sie noch durchs Wohnzimmer und wollten beschäftigt werden von Müttern und Vätern, die eigentlich arbeiten müssten oder etwas Ruhe bräuchten. Nun soll das öffentliche Leben schrittweise wieder anlaufen, Schulen und kleinere Geschäfte nach und nach wieder öffnen. Die Kitas nicht - auch wenn nun mehr Eltern als bisher ein Recht auf die sogenannte Notbetreuung für ihre Kinder bekommen. Darüber sprechen Bund und Länder am Freitag in einer Telefonschalte.

Klar wurde schon, dass nun berufstätige Alleinerziehende das Recht bekommen sollen, ihre Kinder betreuen zu lassen. Lehrer und Verkäufer stehen etwa in Sachsen-Anhalt neu auf der Liste, und manche Länder haben schon angekündigt, dass es künftig reichen soll, wenn ein Elternteil in einem sogenannten systemrelevanten Beruf arbeitet. Das sind bisher unter anderem Pflegekräfte, Ärzte oder Polizisten, die also unbedingt am Arbeitsplatz erscheinen müssen.

Der Corona-Studie der Universität Mannheim zufolge arbeitet ein gutes Viertel der Arbeitnehmer im Homeoffice - vor allem solche mit hohem Bildungsabschluss und gutem Verdienst. Mehr als die Hälfte arbeitet dagegen weiterhin vor Ort.

Wie viele Kinder aktuell notbetreut werden variiert nach Angaben des Familienministeriums zwischen den Bundesländern, aber auch zwischen Städten und ländlichen Räumen. Ende März sei man bundesweit von etwa 160 000 Kindern ausgegangen, sagt eine Sprecherin - im Vergleich zu rund 3,7 Millionen Kindern, die regulär in Kitas, Kindertagespflege und Horten betreut werden. Die Zahl werde nach den Osterferien mit den neuen Regelungen steigen. Das heißt umgekehrt: Mehr als 3,5 Millionen Kinder waren zu Hause, und das ohne Spielplätze oder Treffen mit Nachbarkindern, jedenfalls, wenn die Familien sich an die Regeln hielten. Schwierig für Eltern - schwierig vor allem für Mütter? Darauf gibt es Hinweise. Das **Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)** hat über eine Online-Umfrage Daten erhoben. Repräsentativ sind sie nicht, das sagen die Wissenschaftler offen - aber es deuten sich Tendenzen an.

«Eltern haben im Moment zwei Jobs gleichzeitig auszuführen - ich glaube nicht, dass man das noch ein halbes Jahr lang aufrecht erhalten kann, sagt **Mareike Bünning**, die an der Befragung beteiligt war. Die große Sorge sei, dass

es «wieder die Frauen sind, die beruflich kürzer treten». Der Umfrage zufolge arbeiten Mütter seltener als Väter weiterhin im selben Stundenumfang wie vor der Krise, sie arbeiten auch häufiger gar nicht mehr.

Und das ist nicht alles: Bei Frauen stieg die Angst vor Jobverlust etwas stärker als bei Männern. Die Zufriedenheit mit der Arbeit nahm bei Müttern stärker ab als bei Vätern - was daran liegen könne, dass sie oft die Hauptlast der Kinderbetreuung tragen müssten, vermuten die Sozialforscher. «Wir müssen davon ausgehen, dass sich das weiter verstärken wird», sagt Bünning.

Drastischer schreibt es die britische Journalistin Helen Lewis, die gerade eine Geschichte des Feminismus veröffentlicht hat, im «Atlantic»: Eine Folge des Virus werde sein, «viele Paare zurück in die 50er Jahre zu versetzen». Dass Frauen oft weniger verdienen als ihr Mann und öfter in Teilzeit arbeiten, kann dazu führen, dass sie eher auf die Arbeit verzichten, wenn einer zurückstecken muss.

Kein Wunder, dass die Empfehlung der Nationalakademie Leopoldina, für jüngere Kinder bis zu den Sommerferien nur auf Notbetreuung zu setzen, bei vielen schlecht ankam. Für Spott sorgte, dass in der 26-köpfigen Professoren-Arbeitsgruppe je drei Mitglieder Jürgen und Thomas heißen - aber nur zwei Frauen dabei sind.

Wörter: 599

Ort: Berlin

**Autor:** Michael Zürn**Seite:** 6**Ressort:** Meinung, Kommentare, Leserbriefe**Rubrik:** Meinung**Weblink:** tagesspiegel.de<sup>1</sup> von PMG gewichtet 1/2020<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2019**Mediengattung:** Tageszeitung**Auflage:** 85.470 (gedruckt) <sup>1</sup> 108.481 (verkauft) <sup>1</sup>  
112.309 (verbreitet) <sup>1</sup>**Reichweite:** 0,275 (in Mio.) <sup>2</sup>

# Sie kann doch nichts dafür!

## Warum das Coronavirus der Globalisierung wenig anhaben wird

Von **Michael Zürn**

Es sind ja nicht nur ältere Menschen mit Vorerkrankungen, die auf der Liste der potenziellen Opfer der Coronakrise stehen - manche sagen auch das Ende der Globalisierung als Folge der Pandemie vorher. Krisen sind tatsächlich Momente für historische Weichenstellungen. Allerdings verändert sich nach einer Krise nie alles.

Die sozialwissenschaftliche Forschung zeigt uns, dass sich gesellschaftliche Praktiken als Folge einer Krise dann ändern, wenn drei Bedingungen erfüllt sind. Die Praktiken müssen erstens als ursächlich oder zumindest verschärfend für die Krise angesehen werden. Eine exogen verursachte, gleichsam unverschuldete Unternehmenskrise bedarf laut Lehrbuch weit weniger der Restrukturierung als eine endogen, durch eigene Fehler verursachte Krise. Es müssen zweitens Alternativen bestehen, die umsetzbar und nicht allzu kostenträchtig sind. Während der Ozonlochkrise etwa konnten sich Ersatzstoffe für das verursachende FCKW relativ schnell durchsetzen, da ihre Entwicklung nicht teuer war. Besonders wahrscheinlich führt eine Krise dann zur Änderung, wenn drittens die betroffenen Praktiken schon vor der Krise rückläufig waren. So führte der Zweite Weltkrieg nicht zuletzt deswegen zu einem Dekolonisierungsschub, da der Kolonialismus schon vorher seinen Höhepunkt überschritten hatte.

Vor diesem Hintergrund muss bezweifelt werden, dass die ökonomische Globalisierung zum Opfer von SARS-CoV-2 wird. Zunächst ist das Virus ein exogener Schock, der als solches keine Folge der Globalisierung ist. Zwar bleibt Einstufung von Krisen als exogen oder endogen letztlich von gesellschaftlichen

Konstruktionen abhängig - das Ergebnis wird nicht nur durch objektive Begebenheiten bestimmt, sondern auch durch politische Deutungskämpfe -, aber vieles spricht dafür, dass die aktuelle Pandemie als exogener Schock eingestuft wird. Die Epidemie tritt lokal auf und verbreitet sich dann zunächst in der Region. Die globale Ansteckungskarte versinnbildlicht das durch die vielen, mehr oder weniger dicken Kreise, die jeweils für eine regionale Epidemie stehen. Zur globalen Pandemie wird sie durch die Vernetzung regionaler Ausbrüche.

Für die Ansteckung von Region zu Region braucht es aber keine vertiefte Globalisierung. Dazu reichen die normalen Verkehrsverbindungen einer interdependenten Welt. Erst wenn keine Flugzeuge mehr fliegen, keine Züge und Schiffe mehr fahren, lässt sich ein Virus regional einsperren. Das aber käme nicht dem Ende der Globalisierung gleich, es wäre eher eine Rückkehr ins 18. Jahrhundert. Selbst 1831 konnte die aus Asien kommende Cholera trotz eines militärischen Sperrgürtels nach Europa gelangen. Der ursächliche Beitrag des weiteren Globalisierungsschubs der 1990er und 2000er Jahre zur Ausbreitung der globalen Pandemie ist gering.

Fraglos gäbe es Alternativen zu den globalen Produktions- und Lieferketten. Eine partielle Renationalisierung der Wirtschaftsabläufe ist möglich. Das führt aber zu erhöhten Kosten und zu erheblichen Wohlfahrtsverlusten. Wenn die Normalität zurückkehrt, dann werden überall die öffentlichen und privaten Schuldenberge angewachsen sein. Wir werden uns in einer globalen Rezession befinden. Der Kostendruck wird

dann besonders hoch sein. Das ist kein Umfeld, in dem die Wahrscheinlichkeit der Globalisierung abnimmt. Zwar mag die Produktion von Schutzmasken und manchen Medikamenten in vielen Nationalstaaten wieder aufgebaut werden. Das sind aber Sondertatbestände, die nicht zur Verallgemeinerung taugen. Es ist richtig, dass das Tempo der Globalisierung bereits vor der Krise abgenommen hat. Eine verlangsamte Beschleunigung ist aber keine Umkehr, sie sollte nicht mit einem Rückgang verglichen werden. Die ökonomische Globalisierung befand sich vor der Krise auf einem hohen Niveau. Vermutlich wird sie nach der Krise wieder dahin zurückkehren.

Vorsicht ist also angesagt beim schnellen Ausrufen des Endes der Globalisierung. Exogene Schocks verändern langfristig meist weniger, als es das Ausmaß der Krise vermuten lässt. Natürlich werden in der Krise neue soziale Praktiken eingeübt, die Bestand haben können, wenn sie sich als funktionstüchtig erweisen. So wird es vermutlich nach der Krise mehr Videokonferenzen und weniger internationale Geschäftstreffen als zuvor geben. Das wäre sinnvoll. Wahrscheinlich wird das Virus das Sterben des Einzelhandels vor Ort beschleunigen und den Marktanteil von Amazon und Co erhöhen. Das wäre schade. Insgesamt wird das Virus den Prozess der Digitalisierung beschleunigen, weil wir uns jetzt zwangsweise neue digitale Praktiken aneignen. Vielleicht führt das Coronavirus auch zum Ende des Händedrucks und des Begrüßungskusses als soziale Praxis. Auch daran würden wir uns wahrscheinlich gewöhnen.

Dass aber deutsche Unternehmen in großem Ausmaß ausländische Produkti-

onsstätten abbauen, erscheint unwahrscheinlich. Zwar sind Unternehmen, die von Lieferungen aus Wuhan abhängen, im Februar in Schwierigkeit geraten. Wenn sie aber ihre Produktionsstätte oder ihren Zulieferer in Nordrhein-Westfalen gehabt hätten, dann wäre das

Problem genauso, nur etwas später aufgetreten. Vieles spricht also dafür, dass nach der Krise vor der Krise ist. Alle werden wieder springen und sich gerade angesichts der zu erwartenden schlechten ökonomischen Zahlen mehr denn je bemühen.

Michael Zürn ist Direktor der Abteilung „Global Governance“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

**Wörter:** 738

**Urheberinformation:** Tagesspiegel



**Autor:** Christoph David Piorkowski  
**Seite:** 21  
**Ressort:** Bildung, Forschung, Wissenschaft  
**Rubrik:** Wissen & Forschen  
**Weblink:** tagesspiegel.de

**Mediengattung:** Tageszeitung  
**Auflage:** 85.470 (gedruckt) <sup>1</sup> 108.481 (verkauft) <sup>1</sup>  
 112.309 (verbreitet) <sup>1</sup>  
**Reichweite:** 0,275 (in Mio.) <sup>2</sup>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 1/2020

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2019

## Wachsendes Bewusstsein für kollektive Güter

Digitales Corona-Kolloquium: Das **WZB** lädt zu öffentlichen Vorträgen und zum Mitdiskutieren ein

Von Christoph David Piorkowski

Das Coronavirus könnte ein großer sozialer Gleichmacher sein. Denn der Erreger unterscheidet nicht zwischen Arm und Reich, Frau und Mann, Schwarz und Weiß. Egalisiert die Pandemie auch ihre Folgen und stellt eine gesellschaftliche Eintracht her? Oder weiten sich die Risse im sozialen Gefüge, da bestimmte, ohnehin benachteiligte Personengruppen stärker betroffen sind als andere?

Welche gesellschaftlichen, kulturellen und sozioökonomischen Konsequenzen die Coronakrise zeitigt, lotet nun ein digitales Kolloquium am **Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)** aus. Die Veranstalter möchten den aktuellen „Soziologischen Perspektiven auf die Coronakrise“ eine Plattform liefern und laden auf ihrer Webseite zum Anhören wöchentlicher Vorträge über den Video-Kommunikationsdienst Zoom ein. Jeden Mittwoch zwischen 11 und 12 Uhr halten jeweils zwei namhafte Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen Vorträge und gehen auch auf Fragen der Zuschauenden ein. Das WZB stellt die Vorträge anschließend als Podcast zur freien Verfügung (<https://coronasoziologie.blog.wzb.eu/>). Was für Erkenntnisse gibt es bislang und was ist im Folgenden geplant? Den Anfang machten vorvergangene Woche die Soziologen Karl Ulrich Mayer und Armin Nassehi, die über den allgemeinen Beitrag der Soziologie zu einer datenbasierten Katastrophenhermeneutik und die „Infektion der Gesellschaft“ sprachen. Mayer machte klar, dass es nach bisherigem Wissensstand keinerlei Zweifel an einer sozialen Schichtung der Krise geben könne. Kontakt- und

Ansteckungsrisiken, sowie Zugangschancen zu medizinischer Behandlung und Sterberisiken seien gesellschaftlich sehr unterschiedlich verteilt.

Die Soziologie solle ihren Werkzeugkasten bemühen, um diese differenten Wirkungen präzise zu ermitteln. Im Gegensatz zur Virologie, die sich Menschen wie Moleküle im Raum vorstelle, könnten soziologische Netzwerktheorien genauer eruieren, welche Akteure sich wann, wie und wo mit welcher Wahrscheinlichkeit begegnen, sagte Mayer. So stecken sich einkommensschwächere Personen tendenziell wahrscheinlicher mit dem Coronavirus an als einkommensstärkere Menschen, da sie berufsbedingt mobiler sein müssen.

Aktuell zeigten sich die sozialen Bedingungen der Ansteckungswahrscheinlichkeit aber besonders in den USA, so Mayer: „Gemessen am Bevölkerungsanteil sind Afroamerikaner doppelt so häufig infiziert wie andere US-Amerikaner, sie sterben auch zweimal so häufig.“

Der Münchner Soziologe Armin Nassehi erörterte die unterschiedlichen Krisenmanagements verschiedener gesellschaftlicher Subsysteme und erklärte, dass moderne, funktional ausdifferenzierte Gesellschaften selten „aus einem Guss“ reagieren. Die (spät)moderne Gesellschaft ist laut Nassehi zu hyperkomplex für uniforme Antworten auf krisenhafte Ereignisse. „Die gesellschaftlichen Funktionssysteme reagieren ihrer eigenen Logik gemäß.“

Ob Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft - jede einzelne Sphäre hat ihre eigene Verhaltensgrammatik. Das anfängliche Durchregieren der Exekutive sei lediglich ein kurzfristiges Strohfeuer gewesen. Demnach gibt es eine

starke Verschmelzung der gesellschaftlichen Systeme nur in absoluten Ausnahmefällen. „Die Programmierung der gesamten Gesellschaft durch das politische System ist gleichsam nur im Kriegsmodus möglich“, sagt Nassehi. Nun aber sei die Gesellschaft dabei, sich wieder breitflächig auszufächern - was wiederum zu heftigen Zielkonflikten führt. „Wir sind normativ darauf geeicht, jedes einzelne Leben zu retten, aber wir stellen fest, dass jede Maßnahme unbeabsichtigte Nebeneffekte hat.“ Nicht zuletzt sei es Aufgabe der Politik, die verschiedenen Zielsetzungen gesellschaftlicher Subsysteme zu moderieren.

Weniger theoretisch und mit frischer Empirie im Gepäck präsentierten sich die WZB-Soziologinnen Mareike Büning und Lena Hipp, die die Zwischenergebnisse ihrer seit Mitte März laufenden Onlineumfrage [corona-alltag.de](http://corona-alltag.de) zum Pandemie-bedingten Wandel des Erwerbslebens skizzierten. Bislang sind die Angaben von 6200 erwerbstätigen Personen im Alter von 18 bis 65 Jahren in die Auswertung eingeflossen. Dabei machten die Wissenschaftlerinnen deutlich, dass die Studie nicht auf einer zufälligen Stichprobe gründet und deshalb nicht repräsentativ ist. Gleichwohl könne man Tendenzen benennen. So würden viele Menschen wegen der Corona-Pandemie weniger Stunden arbeiten als sonst, einige arbeiteten gar nicht mehr. Besonders die Arbeitssituation von Eltern habe sich gravierend verändert. „Im Vergleich zu kinderlosen Personen haben Eltern wegen der Doppelbelastung durch Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit mit reduzier-

tem Stundenumfang zu arbeiten“, sagte Hipp. Mütter seien tendenziell stärker betroffen als Väter, da sie mehr von der zusätzlich anfallenden unbezahlten Care-Arbeit schulterten, was sich nachweislich auch auf Wohlbefinden und Arbeitszufriedenheit auswirke.

Es gebe aber auch Anzeichen dafür, dass manche Gruppen von Frauen in der Krise gewisse Vorteile hätten. So arbeiteten Frauen häufiger in systemrelevanten Berufen. Hier seien die Sorgen vor Corona-bedingten Geldeinbußen und Arbeitsplatzverlust vergleichsweise eher gering. In der männlich dominierten Gruppe der Selbstständigen seien solche Ängste weit stärker vertreten. Ob die unterbezahlten aber systemrelevanten Berufe langfristig aufgewertet würden, müsse aber die Zukunft erweisen. Probleme ganz anderer Art machte anschließend Rainer Schnell, Methodologe und Professor für Empirische Sozialforschung an der Universität Duisburg-Essen, geltend, indem er zusammen mit seinem Kollegen Menno Smid auf den methodisch mangelhaften Charakter aktueller Datenerhebung im Corona-Kontext hinwies. Schnell zufolge braucht es dringend eine Studie zum Verlauf der Infektion bei positiv

getesteten Personen sowie Obduktionen zur Feststellung tatsächlicher Todesursachen.

Ebenso wichtig seien sozialwissenschaftliche Begleitstudien auf Basis von Zufallsstichproben - etwa zur Untersuchung einer sozialen Schichtung der Pandemieeffekte. „Vor allem brauchen wir eine große echte Zufallsstichprobe aus der Bevölkerung zur Bestimmung der Häufigkeit symptomlos Infizierter“, sagte Schnell auf Nachfrage des Tagesspiegels. So ließen sich etwa die Ergebnisse der - ohnehin umstrittenen - Heinsberg-Studie auch wegen der spezifischen Sozialstruktur des Ortes mitnichten auf Deutschland oder einzelne Bundesländer übertragen. Zudem sei die Studie nicht bundesweit verallgemeinerbar, da die Daten mit einer Haushalts- und nicht einer Personenstichprobe erhoben wurden. Insgesamt sei die klägliche Datenlage in Deutschland ziemlich beschämend, kritisiert Schnell. Heinz Bude hingegen, Soziologe an der Universität Kassel, bringt am kommenden Mittwoch eine optimistische Gesellschaftsanalyse mit. In seinem Beitrag zu „Legitimationsglaube, Folgebereitschaft und Verhaltensorientierung“ konstatiert er eine wachsende Solidarität in

der Krise, wie er vorab erklärt. Anders als Nassehi liest Bude die Coronakrise nicht als „irreguläre Unterbrechung einer auch weiterhin geltenden gesellschaftlichen Reproduktionslogik“, sondern als ein gesellschaftliches Totalphänomen, das einen langfristigen Einschnitt bedeutet.

„Man akzeptiert die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft, man ist bereit zur Selbstdisziplinierung im Dienst des Ganzen und man sucht nach einer neuen Wertvorstellung für die eigene Verhaltensorientierung“, erläutert Bude. Es wachse das Bewusstsein für die Bedeutung kollektiver Güter und des sozialen Zusammenhalts. So könnten wir live miterleben, wie sich das Verhältnis von Kultur, Gesellschaft und Individuum womöglich nachhaltig verändert. Reibungsfläche verspricht da das Thema, mit dem Budes Osnabrücker Kollege Aladin El-Mafaalani am Mittwoch dagegenhält: „Shutdown der offenen Gesellschaft“.

Abstand vorm Marktstand. Soziologe Heinz Bude erkennt derzeit eine allgemeine „Folgebereitschaft“. Foto: Frank Sorge/imago images

**Wörter:** 995  
**Urheberinformation:** Tagesspiegel



**Autor:** Tsp; lme  
**Seite:** 210  
**Ressort:** Karriere  
**Rubrik:** Karriere  
**Weblink:** tagesspiegel.de

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 1/2020

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2019

**Mediengattung:** Tageszeitung  
**Auflage:** 85.470 (gedruckt) <sup>1</sup> 108.481 (verkauft) <sup>1</sup>  
 112.309 (verbreitet) <sup>1</sup>  
**Reichweite:** 0,275 (in Mio.) <sup>2</sup>

## NACHRICHTEN

# Ohne Titelangabe

Mitarbeiter dringend gesucht: Sonder-Jobbörse vermittelt Stellen

Während viele Unternehmen wegen der Corona-Pandemie Kurzarbeit anmelden müssen, suchen manche Betriebe dringend neue Mitarbeiter. Das betrifft vor allem Arbeitgeber im Gesundheitswesen, im Handel, im Transport und in der Landwirtschaft, erklärten die Berliner und Brandenburger Arbeitsagenturen in dieser Woche. Ab sofort bieten sie diese Arbeitsstellen auf der Webseite [www.dafürsie.de](http://www.dafürsie.de) an, unter der Rubrik „JobsNow“. Auch Kurzarbeiter dürften sich bewerben, denn nach einer Sonderregelung könnten sie eine Beschäftigung in einem systemrelevanten Bereich aufnehmen, ohne sich das dabei verdiente Entgelt auf das Kurzarbeitergeld anrechnen zu lassen - solange das Gesamteinkommen aus noch gezahltem Arbeitseinkommen, Kurzarbeitergeld und dem Hinzuverdienst das bisherige Nettoeinkommen nicht übersteige. Diese Sonderregelung gilt demnach bis 31. Oktober. Die Liste der systemrelevanten Tätigkeiten steht auf der Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales: [www.bmas.de](http://www.bmas.de) unter dem Stichwort „Sozialschutz-Paket“. Tsp

Weniger Zeit zum Arbeiten: Vor allem Mütter betroffen

Die Folgen der Corona-Pandemie treffen die Menschen im Arbeitsalltag unterschiedlich hart: Viele Eltern, vor allem Mütter, müssen ihre Arbeitszeiten reduzieren, Selbstständige und Geringverdiener treiben Existenzsorgen um. Im Homeoffice können zudem eher Akademiker als Menschen ohne Hochschulabschluss arbeiten. Das haben die am Mittwoch veröffentlichten Zwischenergebnisse einer Onlineumfrage von Forschern des **Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)** ergeben. Die Wissenschaftler starteten kurz nach der Schließung von Kitas und Schulen in Deutschland Mitte März unter [www.corona-alltag.de](http://www.corona-alltag.de) eine Online-Umfrage zu Veränderungen im Arbeitsleben. Für die jetzt vorgelegten ersten Ergebnisse werteten sie die Aussagen von rund 6200 Menschen im Alter von 18 bis 65 Jahren aus. Demnach treffen die Corona-Schutzmaßnahmen vor allem Eltern hart. Im Vergleich zu Kinderlosen steigt bei ihnen die Wahrscheinlichkeit, mit verringertem Stundenumfang zu arbeiten, um 16 Prozent. Auch Selbstständige müssen deutlich

häufiger ihre Arbeitszeiten verringern oder ihre Arbeit ganz aufgeben. Finanzielle Sorgen und die Angst vor einem Arbeitsplatzverlust haben bei ihnen besonders stark zugenommen. dpa  
 Job in der Krise verloren Die Rechte von Studierenden

Viele Studierende sind von der Coronakrise nicht nur betroffen, weil die Unis die Präsenzlehre vorerst eingestellt haben. Sie haben auch ihren Job verloren. Für sie hat Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) zusätzliche Finanzhilfen angekündigt. Bis die Gelder fließen, kann es aber dauern. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) rät Betroffenen deshalb, sich jetzt darüber zu informieren, ob sie etwa ein Recht auf Entgeltfortzahlung genießen, noch Kündigungsschutz haben oder Entschädigungen nach dem Infektionsschutzgesetz beantragen können. Kommt das nicht infrage, kann unter Umständen ein Antrag auf Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Wohngeld helfen. Auch ein Überbrückungskredit steht demnach manchen Studierenden zur Verfügung. Tsp/lme

**Wörter:** 409  
**Urheberinformation:** Tagesspiegel



**Autor:** Mathias Puddig  
**Seite:** 4  
**Ressort:** DIE VIERTE SEITE

**Ausgabe:** Hauptausgabe  
**Mediengattung:** Tageszeitung

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 1/2020

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2019

**Jahrgang:** 75  
**Nummer:** 90  
**Auflage:** 19.366 (gedruckt) <sup>1</sup> 19.377 (verkauft) <sup>1</sup>  
 19.504 (verbreitet) <sup>1</sup>  
**Reichweite:** 0,054 (in Mio.) <sup>2</sup>

## „Der lange Weg zurück wird schwierig“

Jutta Allmendinger und Jan Wetzel Die meisten Bürger gehen davon aus, dass der Staat im Moment das Richtige tut. Die Menschen geben ihm so einen Vertrauensvorschuss, sagen die Berliner Soziologen. Nun kommt es darauf an, ob es der Politik auch gelingt, ihre Versprechen einzulösen. Von Mathias Puddig

Auch die Soziologin **Jutta Allmendinger** und ihren Kollegen **Jan Wetzel** kann man in diesen Tagen nur per Telefonkonferenz interviewen. Beide arbeiten wegen der Corona-Krise im Homeoffice, was auch ihren Alltag auf den Kopf stellt. Allmendinger, die das **Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung** leitet, berichtet davon, wie sie jüngere Kolleginnen die Sorge nimmt, Kinderbetreuung und Beruf nicht unter einen Hut zu bekommen. Wetzel beobachtet, wie sich die Abläufe des Wissenschaftsbetriebs im Moment verändern. „Das macht es spannend, aber nicht einfacher“, sagt er. Stichfeste Daten zur Corona-Krise können beide natürlich noch nicht haben. Ihre Untersuchungen aus der Zeit davor geben ihnen aber Hinweise, wie die Krise bewältigt werden kann. „Das ist eine hochinteressante Zeit für die Soziologie“, sagt Allmendinger.

Frau Allmendinger, Herr Wetzel, in Ihrem neuen Buch „Die Vertrauensfrage“ schreiben Sie, dass Vertrauen entscheidend ist, um die großen Herausforderungen zu bewältigen. Gilt das auch für die Corona-Krise?

Allmendinger: Natürlich! Eine der notwendigen Bedingungen, um die Krise zu lösen, ist der Zusammenhalt der Gesellschaft. Dabei kommt ihr zugute, dass die Menschen in Deutschland ein sehr starkes Familien- und Freundesumfeld haben, wir nennen es ein „kleines Wir“. In diesem Zusammenhang achten die Menschen ganz selbstverständlich auf sich. Es braucht aber Brücken zwischen den vielen „kleinen Wirs“, sodass ein „großes Wir“ zustande kommt, das für

ein Vertrauen in der Gesellschaft steht.

Sind diese Brücken jetzt verschwunden?  
 Allmendinger: Nein. Viele Brücken wurden medial hergestellt, durch Bilder, die fast alle Menschen in Deutschland gesehen haben und die sie verbinden: Bilder aus China, New York, Bergamo. Bilder einer Welt, wie wir sie nicht haben wollen. Und wir haben eine Kanzlerin, die uns als Naturwissenschaftlerin erklärt, was Exponentialfunktionen und Reproduktionszahlen sind. So etwas kann man sich bei Trump nicht vorstellen. Merkel hat auch nicht den Krieg erklärt, wie Macron es tat. Und wir haben den Virologen Drosten, der uns erdet. Das alles verbindet die „kleinen Wirs“ sehr stark und erzeugt ein „großes Wir“.

Die Anti-Corona-Maßnahmen werden von vielen unterstützt. Ist das Vertrauen gerechtfertigt?

Wetzel: Es gibt in dieser Krise extreme Unsicherheiten. Die Situation ist wissenschaftlich zwar beurteilbar, aber wie man Kontrolle über die Situation erlangt, ist zunächst unklar. Und hier kommt der Staat ins Spiel. Er ist der Garant für gesamtgesellschaftlich koordiniertes Handeln. Schauen Sie sich nur diese Polizeistaatlichkeit an! In dieser Form hätte man das ja im 19. Jahrhundert verortet. Aber offenbar geht es jetzt nicht anders. Das Vertrauen wird derzeit also als Vorschuss gegeben. Ob dieser Vertrauensvorschuss eingelöst wird, muss sich noch zeigen.

Manchen scheint das ganz recht zu sein: Sie schauen sehr genau, ob sich auch die anderen an die Regeln halten, und sind schnell bereit, die Polizei zu rufen. Wird

Denunziantentum zu einem Problem?

Wetzel: Wie weit das verbreitet ist, muss man erst einmal sehen. Und Blockwarte gab es zuvor auch schon. Aber natürlich spielt Unsicherheit eine wichtige Rolle. Man weiß nicht, wie man die Mitbürger anders unter Kontrolle kriegen soll. Normalerweise ist das in dem Maß gar nicht nötig.

Allmendinger: Wir wissen aber, dass die meisten Menschen sich mittlerweile von sich aus nach den Maßnahmen richten und nicht kontrolliert werden müssen. Das Denunziantentum betrifft nur einen kleinen Teil der Bevölkerung.

Ohne Vertrauen wäre das schnelle Herunterfahren nicht möglich gewesen. Wird das beim Hochfahren auch so sein?

Allmendinger: Wir haben den Lockdown gut hinbekommen. Da spielte auch eine Rolle, dass wir von anderen Ländern lernen konnten. Der lange Weg zurück wird schwieriger sein. Denn jetzt geht es darum, welchen Gruppen man wann was erlaubt. Und das sind schwierige Abwägungen.

Die Forscher der Leopoldina haben Vorschläge gemacht.

Allmendinger: Ja, und dabei wurden bestimmte Prämissen gesetzt, denen man nicht unbedingt folgen muss. So fehlen mir Überlegungen, wie man erwerbstätigen Eltern kleiner Kinder helfen kann, etwa durch stundenweise Kitabetreuung in kleinen Gruppen und paralleler finanzieller Unterstützung der Eltern. Dadurch wurden viele Menschen vor den Kopf gestoßen, alleine gelassen. Wir müssen für alle Gruppen Zukunftsbilder entwerfen.

Wo sollen die herkommen?

Allmendinger: Dafür brauchen wir einerseits einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über Exit-Strategien. Gleichzeitig müssen wir den Diskurs aber eng genug führen, um Klarheit zu geben, was als nächstes passiert, warum und für wen. Die nächsten Tage sind entscheidend, ob wir diesen Weg finden und dem Vertrauensvorschuss der verschiedenen Gruppen gerecht werden. Peter Dabrock, der Vorsitzende des Deutschen Ethikrats, hat vor einem Vertrauensverlust gewarnt, falls diese Debatte scheitert. Wie kann sie gelingen?

Allmendinger: Die Kommission der Leopoldina ist im Schnitt über 60 Jahre alt, westdeutsch und hat unter ihren insgesamt 26 Mitgliedern nur zwei Frauen. Vielleicht sind auch dadurch bestimmte Perspektiven zu wenig beleuchtet worden. Mitglieder der jungen Akademie und mehr Frauen hätten wohl geholfen. Wenn Jüngere sich beschränken, damit Ältere nicht gefährdet werden, dann ist Solidarität sehr wichtig. Wie belastbar ist diese Solidarität?

Allmendinger: Ich habe mit dem Wort ein kleines Problem. Man kann solidarisch sein, ohne zu vertrauen. Hilfszahlungen an die armen Länder oder an Schwächere sind oft das Zeichen von Solidarität, zeugen aber nicht von Vertrauen. Vertrauen ist wechselseitig und immer auf Beziehungen ausgerichtet. Wir drücken es so aus: Die Jüngeren haben den Älteren einen Vertrauensvorschuss gegeben. Sie verzichten heute auf Freunde, Ausbildung, Events. Und sie erwarten, dass die Älteren im Gegenzug zukünftig auf ihre Dieselmotoren verzichten und das Sozialsystem generationengerechter wird.

Wetzel: Denken Sie außerdem an die Unterschiede zwischen den Berufsgruppen! Die nun als systemrelevant eingestuft sind oft Frauenberufe und solche, in denen es weniger Tarifbindung gibt. Genau diese Berufsgruppen bekommen schon lange zu wenig zurück. Wenn die Krise einmal geschafft ist, dann haben sie eine starke

Verhandlungsposition.

Wieso sollte diese starke Position nach der Krise erhalten bleiben?

Allmendinger: Weil die Kassiererin, die Krankenschwester, die Busfahrerin uns einen Vertrauensvorschuss geben. Um den einzulösen, reicht es nicht, um 19 Uhr zu klatschen, da müssen andere Tarifstrukturen und Arbeitszeiten beschlossen werden. Und wir müssen den Menschen, die jetzt Kurzarbeitergeld beziehen oder bereits arbeitslos sind, eine Weiterbildung anbieten für die Berufe, in denen Fachkräfte fehlen. Wetzel: Im Moment bewegt sich extrem viel. Die Schwarze Null ist gefallen. Wir reden jetzt ganz anders über Schulden. Auch die Sozialgesetzgebung wird angepasst. Ich denke, dass diese Paradigmenwechsel auch langfristig nachwirken.

Allmendinger: Mir tut dieser jugendliche Optimismus gut, Jan!

Viele alte Menschen machen sich Sorgen, dass sie zur Isolation verpflichtet werden, sobald die Maßnahmen gelockert werden. Wäre das im Sinne des Vertrauensvorschusses gerechtfertigt oder geht das zu weit?

Allmendinger: Mir geht das zu weit. Wenn, dann müssten wir auch über Personen mit Vorerkrankung reden. Ich bin froh, dass es keine ernsthaften Überlegungen in der Mitte der Politik gibt, Ältere zu isolieren. Das ist sehr wichtig. Sie schreiben, dass Vertrauen entsteht, wenn Leute persönlich aufeinandertreffen. Gefährdet es den Zusammenhalt, dass das jetzt nicht mehr möglich ist? Wetzel: Das kann man erst nachträglich wirklich beurteilen. Soziale Beziehungen sind aber nicht auf das Körperliche beschränkt. Wer vorher gut vernetzt war und belastbare persönliche Beziehungen hat, der kann jetzt daraus schöpfen. Wer das nicht war, hat es jetzt schwerer. Allmendinger: Bislang haben wir das aber insgesamt gut gemacht. Wir sehen, dass die physische Distanz nicht zu einer emotionalen Distanz geführt hat. Viel wurde durch Telefonate und digitale Medien kompensiert. Einiges wird auch nach der Pandemie bleiben.

Wir ertragen die physische Distanz also noch länger?

Allmendinger: Nein, auf Dauer nicht. Die Halbwertszeit von kompensatorischen Maßnahmen ist relativ gering. Allein schon deshalb brauchen wir einen Zukunftsplan und bald auch andere Formen des Miteinander-Umgehens und des persönlichen Treffens.

Sie plädieren für eine Politik des Vertrauens und legen großen Wert auf die Bildung. Was muss aus Ihrer Sicht in diesem Bereich jetzt geschehen?

Allmendinger: Als Politik des Vertrauens beschreiben wir politische Maßnahmen, die den Bürgern einen Vorschuss geben, ihr Leben zu gestalten. Die sozialpolitischen Maßnahmen gehen hier in die richtige Richtung. Doch damit auch jeder solche Chancen nutzen kann, braucht es eine gute Bildung. Unsere empirischen Untersuchungen zeigen diesen Zusammenhang immer wieder. Wir müssen also die soziale Vererbung von guten oder schlechten Bildungschancen endlich durchbrechen. Wir müssen auf unsere Risikoschüler mehr achten, sie besser abholen. Gerade weil Bildung sich als so wichtig erweist, sind die Corona bedingten Schulausfälle für die sozial schwachen Kinder so schmerzlich und zukunftsgefährdend.

**<b>„Die ältere Dame und der junge Herr“</b><br/>35 Jahre Altersunterschied trennen Jutta Allmendinger (63) und Jan Wetzel (28); sie stammt aus Mannheim, er aus Sachsen; sie lernte im Laufe ihres Lebens, sich im Digitalen zu bewegen, er wuchs damit auf; sie leitet als Präsidentin das Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, er ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter. Die zwei Soziologen haben sehr unterschiedliche Hintergründe in die gemeinsame Arbeit an ihrem Buch „Die Vertrauensfrage. Für eine Politik des Zusammenhalts“ gebracht. Dass die Kooperation trotzdem funktioniert hat, führen die „ältere Dame“ und der „junge Herr“ (so die Selbstbezeichnung) auch auf gegenseitiges Vertrauen zurück.mpu**

**Abbildung:**

Der Leopoldina-Kommission, die für die Bundesregierung Empfehlungen erarbeitet hat, hätten Mitglieder der jungen Akademie und mehr Frauen gut getan, finden die Soziologen Jutta Allmendinger und Jan Wetzel. Foto: David Ausserhofer, WZB

**Wörter:**

1454

**Urheberinformation:**

(c) Neue Pressegesellschaft mbH & Co. KG

**Autor:** Andreas Wassermann  
**Seite:** 0  
**Rubrik:** Politik/Deutschland  
**Mediengattung:** Online News

**Jahrgang:** 2020  
**Nummer:** 0  
**Visits (VpD):** 7,29 (in Mio.)<sup>1</sup>  
**Unique Users (UUpD):** 1,01 (in Mio.)<sup>2</sup>

**Weblink:** <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/politik-in-der-corona-krise-das-ende-des-sachzwangs-kommentar-a-f47e7390-e886-4851-8598-6f4037eaaeee>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 02-2020

<sup>2</sup> AGOF ddf Ø-Tag 2020-02 vom 02.03.2020, Gesamtbevölkerung 16+

## Politik in der Coronakrise

# Das Ende des Sachzwangs

Die Coronakrise zeigt, wie schnell und entschlossen Politiker unter Druck entscheiden können. Daran sollten wir uns erinnern, wenn sie künftig aus vorgeschobenen Gründen Reformen blockieren.

Mancher mag sich verwundert die Augen gerieben haben, andere wiederum haben womöglich anerkennend mit der Zunge geschnalzt. Wie fix Politiker doch reagieren können, wenn die Krise groß, unerwartet und mehr oder minder in ihrer Tragweite unvorhersehbar ist.

Corona hat jetzt schon gezeigt, dass selbst die oft zaudernde und bedenken-trägerische politische Klasse der Republik schnell und beherzt entscheiden kann. Sogar dann, wenn solche Entscheidungen zumindest temporär an den Grundfesten unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung rütteln.

Quasi über Nacht drosselte die Große Koalition in Berlin den analogen Konsum und die Mobilität. Außer Lebensmitteln, Hygieneartikeln, Alkohol und Baumaterialien gibt es fast alles andere nur noch im Internet zu kaufen. Flughäfen sind weitgehend außer Betrieb, Züge leer, Produktionsbänder stehen still. Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Pandemie haben unsere kurz getaktete Konsumgesellschaft entschleunigt, und damit auch die Akkumulation von Kapital.

Vor einem Jahrzehnt hat eine anonyme Gruppe französischer Philosophiestudenten, die sich das "Unsichtbare Komitee" nannten, ein Manifest verfasst mit dem Titel: "Der künftige Aufstand". Es ging darin um die Überwindung des Kapitalismus, in dem er zwangsweise entschleunigt wird, durch Sabotageakte, mit denen Zugverbindungen oder Daten-netze unterbrochen werden.

Sicher, nicht nur die Methoden, auch die Motive der Regierenden sind ganz andere als die libertärer Anarchisten.

Bei den Instrumenten, die in den Kapitalismus eingreifen, handelt es sich schließlich um Notmaßnahmen, die bestehende Strukturen und Machtverhältnisse retten und nicht transformieren wollen. Außerdem geht es um Menschen und Menschenleben. Möglichst wenige sollen an dem Virus sterben, was bisher hierzulande ja auch gelingt. Dennoch ist erstaunlich, welche geringe Rolle in der Coronakrise die sogenannten Sachzwänge spielen, die in epidemiefreien Zeiten gern dann ins Feld geführt werden, wenn Politiker Politik für die Gesellschaft machen und nicht nur Standortbedingungen, Marktfähigkeit und Profitraten verbessern wollen. Man stelle sich ähnlich konsequente Maßnahmen zum Klimaschutz vor oder um die Schere zwischen Arm und Reich um ein paar Grad zu schließen. Solche Vorhaben werden in der Regel recht schnell von Lobbyisten verwässert und von Interessenvertretern in Behördenmühlen zermahlen, bis sie kaum noch wahrnehmbar sind. Der Sachzwang hat Politik oft eingeschnürt. Beim Tempolimit auf Autobahnen zum Beispiel, der Bürgerversicherung oder dem bedingungslosen Grundeinkommen.

Aber zeigt Corona nicht auch, dass dieser vermeintliche Sachzwang oft nur vorgeschoben ist, um politische Ideen gar nicht erst umsetzen zu müssen? Weil es bequemer ist, so Konflikten von vornherein aus dem Weg zu gehen - zum Beispiel in der zentralen Frage: Wie organisiert sich eine Gesellschaft? Wer hätte jemals gedacht, dass die schwarze Null so schnell zur Makulatur wird? Dass Verschuldung der öffentlichen Haushalte, seit Jahren trotz Null-

zinsen parteiübergreifend verteufelt, ganz selbstverständlich wieder als politisches Gestaltungsinstrument begriffen wird?

Die Folgen von Corona werden in der Gesellschaft noch nachwirken, wenn das Virus bereits eingehgt ist. Diese Auswirkungen lassen sich aber nur sozial und kulturell verträglich in den Griff bekommen, wenn Politik nicht vor angeblichen Sachzwängen kapituliert. Mehr noch: Politiker sollten die Chance des Umbruchs nutzen von einer durchökonomisierten Wachstumsgesellschaft zu einer "pandemischen Risikogesellschaft".

Der Begriff stammt aus einem Aufsatz des Kassler Politikprofessors **Wolfgang Schroeder** und seinem Berliner Ökonomiekollegen **Günther Schmid** für den "Tagesspiegel". Die beiden Wissenschaftler charakterisieren diese Gesellschaft als langsamer, regionaler und wohl auch weniger prosperierend. Das Gesundheitssystem wird eine zentrale Bedeutung bekommen, dort müssen die Beschäftigten deutlich höher bezahlt und die Arbeitsbedingungen verbessert werden.

Auch die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit, sagen die Wissenschaftler, sollte generell neu gedacht werden. Sie sprechen von einer atmenden Arbeitslosenversicherung, die mischfinanziert wäre, sowohl aus Beiträgen als auch aus Steuern, die Leistungen flexibel gewährt und Freiberufler und Selbstständige mit einschließt. Und sie sollte europäisch sein: "Die pandemische Risikogesellschaft erfordert einen neuen Sozialvertrag; und dieser kann nicht nur auf dem Prinzip des Nationalstaats beruhen", schreiben

die Wissenschaftler. Vor allem erfordert die pandemische Risikogesellschaft Politiker, die Bürger nicht in erster Linie als Konsumenten, Produzenten und Arbeitskräfte sehen. Die politische Prioritäten neu setzen. Es könnte auch eine Chance für die Sozialdemokratie oder eine demokratische Linke sein. Sandro Mezzadra, Politikprofessor aus Bologna, schrieb aus seiner Corona-Quarantäne: "Der Kapitalismus wird die Epidemie überstehen, aber er wird sich grundlegend von dem unterscheiden, was wir aus den letzten Jahren kennen."

**Abbildung:** Kanzlerin Merkel, Vizekanzler Scholz, Länderchefs Söder und Tschentscher: Politik darf nicht vor angeblichen Sachzwängen kapitulieren  
**Fotonachweis:** AFP or licensors  
**Wörter:** 706

Mediengattung: Online News

Visits (VpD): 3.328

Nummer: 4347510451

Weblink: [https://www.ejz.de/blick-in-die-welt/wirtschaft/studie-die-corona-krise-belastet-frauen-offenbar-mehr-als-maenner\\_244\\_111862403-122-.html](https://www.ejz.de/blick-in-die-welt/wirtschaft/studie-die-corona-krise-belastet-frauen-offenbar-mehr-als-maenner_244_111862403-122-.html)

# Coronavirus Studie: Die Corona-Krise belastet Frauen offenbar mehr als Männer

Seit knapp vier Wochen ist Deutschland im Lockdown - und der drastisch veränderte Alltag belastet Frauen offenbar mehr als Männer, wie nun eine Erhebung des WZB-Instituts herausgefunden hat.

Studienautorin **Lena Hipp** erklärt im Interview, was das mit Rollenmusterin in Familien und im Berufsleben zu tun hat.

Ob an der Supermarktkasse oder im Krankenhaus - jetzt, in der Corona-Krise, fällt auf, dass viele Frauen in den sogenannten systemrelevanten Berufen arbeiten. Im Interview erklärt die Berliner Soziologin Lena Hipp vom **Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)**, wie das zustande gekommen ist. Und, warum die aktuelle Krise die Ungleichheit der Geschlechter verschärfen könnte. Denn erste Forschungsergebnisse zeigen: Die Krise belastet Frauen offenbar mehr als Männer.

Frau Prof. Hipp, ich erreiche Sie im Home-Office, ihre Kinder sind auch zu Hause. Ist es für sie eine ungewohnte Situation „gleichzeitig“ zu erziehen und zu arbeiten?

Im Wissenschaftsbereich ist es nicht so unüblich, auch in den eigenen vier Wänden zu arbeiten. Die größte Umstellung jetzt ist für mich, dass auch die Kinder da sind. Und nach einigen Tagen Erfahrung damit kann ich nur sagen, dass es fast unmöglich ist, neben der Arbeit auch Kinder zu betreuen.

In meinem Umfeld und in sozialen Medien gibt es viele Paare, bei denen nun eher die Frau sich um die Kinder kümmert, während der Mann Home-Office macht. Droht vielen Frauen nun eine Doppelbelastung?

Es kann gut sein, dass Frauen nun eine viel höhere Belastung als Männer haben. Sie arbeiten im Homeoffice und sind dort gleichzeitig noch für das Home-schooling verantwortlich. Das lässt wenig bis kaum Zeit, tatsächlich zu arbeiten. Oder sie arbeiten in systemre-

levanten Berufen, schieben dort Überstunden und stehen abends vor leeren Supermarktregalen. Vielleicht nehmen sie außerdem mangels Betreuungsmöglichkeiten Minusstunden in Kauf, die sie nacharbeiten müssen. Die Ungleichheiten, die es schon zu Normalzeiten gibt, könnten sich nun massiv verschärfen. Erste Ergebnisse, die durch unsere, immer noch laufende Onlinebefragung [www.corona-alltag.de](http://www.corona-alltag.de) gewinnen können, weisen in diese Richtung.

Frauen wegen Corona-Krise unzufriedener als Männer

Sie haben diese ersten Ergebnisse jüngst vorgestellt - wie kann man die Situation zusammenfassen?

Unsere Auswertungen der Daten für die ersten zwei Wochen zeigen, dass die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie bestimmten Personengruppen mehr zu schaffen machen als anderen. Selbständige - defacto sind das häufiger Männer - trifft es härter als abhängig Beschäftigte. Sie sind mit höherer Wahrscheinlichkeit nicht beschäftigt oder arbeiten weniger, machen sich größere Sorgen und sind mit der Situation unzufriedener. Ähnliches beobachten wir bei Personen, die einen oder keinen Ausbildungsabschluss haben im Vergleich zu Hochschulabsolventen. Auch Eltern haben es verglichen mit Kinderlosen schwerer. Sie reduzieren ihre Arbeitszeit derzeit mit höherer Wahrscheinlichkeit als Nicht-Eltern nicht und sind unzufriedener mit ihren Jobs.

Lena Hipp ist Professorin an der Universität Potsdam. Die 1977 geborene Sozialwissenschaftlerin forscht am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) unter anderem zur Ungleichheit von Geschlechtern und zur Frage, inwiefern bestimmte Tätigkeiten

vor allem von Frauen erledigt werden.

Und erlauben die Daten auch Aufschlüsse über die Situation von Frauen? Die Erkrankungs- und Letalitätsszahlen weltweit zeigen ja, dass Männer diejenigen sind, die stärker von Corona betroffen sind als Frauen. Bei den sozialen Auswirkungen sieht es anders aus. Wir haben bislang erst sehr wenige unserer Fragen ausgewertet. In punkto Geschlechterunterschiede ist aber schon jetzt zu sehen, dass die Zufriedenheit von Frauen mit ihrer Arbeit, aber auch mit ihrem Leben im Allgemeinen, bereits in den ersten Wochen nach den Schul- und Kitaschließungen stärker abgenommen hat, als bei Männern. Eine andere Frage: Es gibt etwa 1,5 Millionen alleinerziehende Frauen in Deutschland. Was glauben Sie, wie die Krise diese trifft?

Bislang sehen wir keine großen Unterschiede zwischen Eltern in Paarbeziehungen und Alleinerziehenden. Dennoch würde ich die Prognose wagen, dass insbesondere Alleinerziehende und deren Kinder mittel- und langfristig härter von den Auswirkungen der Corona Pandemie betroffen sind als Paare mit Kindern. Schulen und Betreuungseinrichtungen sind geschlossen. Wer kümmert sich Kinder, wenn nicht der andere Elternteil übernehmen kann? Und, wie kann man seiner Arbeit nachgehen, ganz gleich ob daheim oder am Arbeitsplatz, wenn die Kinderbetreuung nicht gesichert ist. Das gleiche Problem haben natürlich auch alleinerziehende Väter. Aber hiervon gibt es deutlich weniger und meist haben alleinerziehende Väter auch schon ältere Kinder.

Liveblog: Dänemark öffnet wieder Kindergärten und Schulen

Corona-Krise: Warum Familien jetzt

über ihre Aufgabenteilung sprechen sollten

Kein sicheres Zuhause: Anstieg häuslicher Gewalt wegen Corona befürchtet Sie untersuchen Ungleichheiten der Geschlechter wissenschaftlich. Was genau meinen Sie damit in Bezug auf das Familienleben?

Auch zu normalen Zeiten interessiere wir uns in meinem Team für Ungleichheiten, die aufgrund familiärer Verantwortlichkeiten zustande kommen. Wir schauen uns an, wer zuhause die Hausarbeit in welchem Umfang macht, wer bezahlter Arbeit in welchem Umfang nachgeht - und wieviel Männer und Frauen dabei verdienen. Wir befassen uns also mit einer Reihe von messbaren Ungleichheitsdimensionen. Und im Durchschnitt sehen wir, dass Frauen hinter Männern zurückstecken. Sie sind in deutlich geringerem Umfang erwerbstätig, seltener in höheren Positionen und häufiger in Jobs unter ihrem Qualifikationsniveau. Gleichzeitig verbringen sie deutlich mehr Zeit mit Hausarbeit und Kinderbetreuung.

Warum arbeiten so viele Frauen in systemrelevanten Berufen?

Zuletzt hatte man ein bißchen den Eindruck, dass sich solche Muster langsam wandeln - etwa, weil mehr Männer Interesse an Elternzeit haben. Könnte sich das nun beschleunigen, dadurch das viele Väter nun zu Hause sind?

Ich glaube, dass das davon abhängt, welche Erfahrung Väter nun machen: Ob sie das als gewinnbringend und schön empfinden. Oder nur als stressig, laut und chaotisch. Wenn Familien es schaffen, im Homeoffice auch eine gute gemeinsame Zeit zu haben, kann das Interesse wecken. Vielleicht sehen nun auch einige Väter, wie anstrengend die Kinderbetreuung sein kann - und wollen ihre Partnerinnen vielleicht künftig stärker entlasten. Unsere ersten Ergebnisse zeigen jedenfalls, dass Mütter und Väter im Homeoffice mit dem Familienleben derzeit zufriedener sind als vor der Pandemie. Hier müssen wir abwarten, wie sich das entwickelt.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung beziffert den Frauenanteil in den systemrelevanten Berufen auf etwa 75 Prozent.

Würden sie das, was überwiegend Frauen zu Hause leisten, eigentlich Arbeit nennen?

Natürlich! Hausarbeit und Kinderbetreuung sind anstrengend. Man liegt ja nicht auf dem Sofa und liest ein Buch, sondern ist von morgens bis abends auf den

Beinen. Man kann diese Arbeiten ja auch outsourcen - auch wenn das im Moment eher nicht möglich ist. Aber dann würde man auch richtig viel Geld dafür bezahlen, dass jemand kocht, die Wäsche macht und mit dem Nachwuchs spielt.

Stichwort Erwerbsarbeit: Kassiererinnen, Pflegerinnen, Betreuerinnen - in den Schlagzeilen ging es zuletzt oft um Berufe, in denen viele Frauen arbeiten. Täuscht der Eindruck?

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung beziffert den Frauenanteil in den systemrelevanten Berufen auf etwa 75 Prozent. Es sind also überwiegend Frauen, die dieser Tage - wie auch in „normalen“ Zeiten - Arbeiten verrichten, die dringend gebraucht werden und das System am Laufen halten. Aber wir sehen das oftmals gar nicht richtig. Wer räumt die Regale im Supermarkt ein, wer pflegt Kranke und Alte? Frauenberufe sind in diesen Zeiten besonders gefragt, auch wenn einige typische Männerberufe ebenfalls systemrelevant sind. Warum arbeiten denn so viele Frauen in diesen als systemrelevant geltenden Berufen?

Aus wissenschaftlicher Sicht ist das eine nicht vollständig geklärte Frage. Es gibt mehrere Theorien dazu. Haushalt, Erziehung und Pflege von Angehörigen sind Tätigkeiten, die Frauen schon immer und in hohem Maße unbezahlt erledigen. Möglicherweise ergreifen Frauen Gesundheits- und Erziehungsberufe, weil ihnen qua Geschlecht besondere Kompetenzen zugeschrieben werden. Früher sollten außerdem Berufe wie Hauswirtschafterin oder Kindermädchen junge Frauen auf ihre spätere Aufgabe als Mutter vorbereiten.

Für die Kassiererin im Supermarkt gilt das nicht. Wieso überwiegen in dem Bereich trotzdem Frauen?

Das hat einerseits etwas mit Rollenbildern zu tun: Wenn Mädchen ständig Frauen an der Supermarktkasse sehen, wird das als ein weiblicher und damit adäquater Beruf gesehen. Ähnliches gilt auch für andere Frauenberufe. Ein weiterer Aspekt ist der Wiedereinstieg nach der Geburt von Kindern. Die Jobs im Supermarkt sind oft auf Minijob-Basis oder Teilzeittätigkeiten. Und da ist es eben leichter, Erziehung und Lohnarbeit unter einen Hut zu bringen.

Die Arbeit von Frauen wird sichtbarer Es fällt gleichzeitig auf, dass wir gerade eben überwiegend über tendenziell recht gering bezahlte Berufe gesprochen haben...

Es ist paradox, dass trotz hoher Nachfrage nach Pflege- und Erziehungspersonal und schwierigen Arbeitsbedingungen, die Einkommen in diesen Bereichen niedrig sind. Das hat unter anderem damit zu tun, dass Bereiche, in denen es nur geringe Produktivitätssteigerungen gibt. Pflegekräfte können nur schwerlich durch Maschinen ersetzt werden. Außerdem sind gerade im Bereich der Pflege Arbeitskräfte nur in geringem Maß gewerkschaftlich organisiert. Die Frage, ob es richtig ist, in solchen Bereichen stets möglichst viel zu sparen, stellt sich nun in der Krise erst recht - losgelöst davon, ob es um Männer oder Frauenberufe geht.

Glauben sie, dass durch die Krise nun sichtbarer wird, wie viel Arbeit Frauen leisten?

Wenn man versucht, dieser Krise etwas Positives abzugewinnen, ja. Die Arbeit von Frauen sowohl in der Pflege als in den Dienstleistungsberufen wird plötzlich sichtbarer. Das könnte zu mehr Wertschätzung führen.

Im ersten Weltkrieg arbeiteten mehr Frauen als je zuvor - wenig später kam das Wahlrecht für sie. Auch der Mythos Trümmerfrauen hat sich tief in das kollektive Gedächtnis eingebrannt. Können Krisen zu dauerhaften Veränderungen der Geschlechterverhältnisse führen?

Ich bin da nur verhalten optimistisch. Bei den Trümmerfrauen sieht man, dass es zwar viel Lob und Anerkennung gab. Aber als der Krieg vorbei und die Männer wieder von der Front zurückgekehrt waren, hat es in Punkto Gleichstellung keine großen Verbesserungen gegeben. Deshalb wäre es für Frauen nach der Krise wichtig, das Momentum zu nutzen. Sonst sind Arbeit und Doppelbelastung wieder vergessen, wenn sich die Wogen glätten.

Was passiert mit Familien beim Ende des Lockdowns?

Sie betonen, dass Forschungen - etwa in Form ihrer Umfrage- noch laufen. Trotzdem die Frage: Worauf sollte die Politik jetzt schon achten?

Zentral für die Geschlechterunterschiede wird sein, wie lange die Kita und Schulschließungen noch andauern und wer dann für die Kinderbetreuung beruflich zurücksteckt. Zugleich gilt: Geht es um die Lockerung der Ausgangsbeschränkungen, sollten neben gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten auch soziale Aspekte eine Rolle spielen. Wenn beispielsweise schrittweise wieder geöffnet werden,

könnte das die Situation von Eltern mehrerer Kinder unterschiedlichen Alters immens erschweren. Arbeit, im Homeoffice oder außerhalb, wäre dann immer noch nicht wirklich möglich, gleichzeitig würde die Erkrankungswahrscheinlichkeit in der Familie zunehmen.

Haben Sie zum Abschluss einen Tipp, wie man die Arbeitsaufteilung in der eigenen Beziehung thematisieren kann - gerade in Punkto Homeoffice und Kinderbetreuung?

Auch mein Partner und ich lernen da gerade noch viel dazu. Was hilft, sind klare Absprachen, wer jeweils arbeitet

und sich um die Kinder kümmert. Jetzt gerade gilt bei uns: Obwohl Mama nebenan sitzt, ist sie bei der Arbeit - und Papa ist für die Kinder da.

Hinweis: Die ursprüngliche Fassung des Gesprächs wurde um die Inhalte eines zweiten Interviews ergänzt.

**Wörter:**

1757

**Autor:** Peter Kuras

**Seite:** online

**Rubrik:** Opinion

**Weblink:** <https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/apr/18/germany-ease-lockdown-harder>

**Mediengattung:** Online News

**Visits (VpD):** 7,29 (in Mio.)

# Germany is cautiously starting to ease its lockdown - but it's harder than it looks

Relaxation measures for schools have been criticised from all sides

Version 2

The coronavirus has been kind to Germany's political elite. After years of bleeding votes to the Alternative für Deutschland on the right and the Greens on the left, Angela Merkel's Christian Democratic Union has finally started to see rising approval ratings. It's easy to see why. The country's lockdown was enacted relatively swiftly and presented clearly, its testing programme has been unparalleled in the western world and its healthcare system has proven far more robust than those of neighbouring countries. Now, however, with the virus seemingly in retreat and parts of Europe tentatively easing out of lockdown, tensions are beginning to show, and Germans may soon look back on the quarantine with a kind of nostalgia.

The most immediate cause of contention has been a report by the Leopoldina, Germany's National Academy of Sciences. The report, which suggests a gradual easing of restrictions, places special emphasis on opening schools and returning to free-market principles as quickly as possible. Merkel's announcement on Wednesday of a loosening of restrictions seems largely to follow the guidelines provided by the institute - some shops will reopen from Monday. Bookstores, car dealerships and bike shops will be allowed to reopen regardless of size, while other shops will be allowed to open only if they are small enough (800 square metres or less), and are able to present adequate plans for maintaining hygiene. Schools will begin reopening on 4 May, with special emphasis on graduating classes, the oldest primary school children and students who are expected to take exams.

The government has emphasised repeatedly that the relaxation of the measures

is provisional and that continued progress will require the development of sophisticated contact-tracing programmes, including the controversial suggestion that smartphones be used in a widespread programme to track interactions between citizens. The "fragile partial success," Merkel has insisted, can only hold if the population continues to abide by social distancing regulations as much as possible.

The plan to reopen some shops has been largely greeted with muted relief, though there doesn't seem to be much hope that it will stimulate the economy more broadly. The plan for reopening schools has been roundly criticised. The Leopoldina's guidelines for maintaining social distance and proper hygiene at schools are "just not realistic," as Ilke Hoffmann, the head of the education union, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften, told *Der Spiegel*. There aren't enough teachers to maintain class sizes of 15 students or less, as the report suggests, and classrooms are far too small to maintain a two-metre distance between students. Furthermore, the report's claim that older primary school students would be able to abide by social distancing strictures has been roundly criticised, with teachers calling the idea a fantasy. Harriet Kühnemann, the director of a primary school in Gießen, Hesse, told NTV that she "absolutely cannot guarantee that students will wash their hands".

While plans to reopen primary schools have been criticised for moving too quickly, the Leopoldina's recommendation that nurseries stay closed until the end of the summer break in August or September has been widely condemned as too restrictive. The theologian and

ethicist Peter Dabrock, for example, has said the decision endangers the well-being of children. Closing daycare for six months, Dabrock told *Deutschland Funk*, would constitute "a massive violation of the rights of children". Heinz Holger, the president of the *Deutschen Kinderschutzbundes*, a child welfare organisation, warned that such a long closure had already led to increased calls to their domestic violence hotline. Parental groups, meanwhile, have pointed out that many families already face enormous financial difficulty due to the lack of childcare.

The inept recommendations of the Leopoldina can hardly be surprising given its membership. The panel that issued the report consisted of 24 men and two women. The average age of its members was over 60. One wonders how the institution arrived at the conclusion that it was more important to include a physicist specialising in the "mechanics of materials" than experts on the experiences of immigrants, people of colour, or women. Professor **Jutta Allmendinger**, a member of the Leopoldina (though not a signatory of its report), had no trouble in assembling a more diverse group of signatories to an open letter criticising the report - more than 40 female professors from a variety of disciplines and backgrounds have signed the letter calling for daycare centres to be opened more quickly.

As the burden of the coronavirus begins to be distributed more and more unevenly, and as women and the young are forced to bear more and more of the weight of the crisis, one suspects that many Germans will look with bitter envy towards Denmark, whose prime minister, Mette Friedriksen - a 42-year-



old mother - has made early childhood education the first priority as the country emerges from lockdown. Denmark's experts have concluded that it is not the young but the elderly who should bear the burden of social isolation during the remainder of the pandemic. The very young, who are generally not at risk from the virus, should not have to sacrifice important educational opportunities so that those who belong to at-risk groups can return to public life more quickly. It's no coincidence that Germany, in contrast, is keeping the youngest children in isolation, while hair salons and department stores are being allowed to reopen. Ending lockdown is not an end in itself, as the German government has made clear, but even getting that right in a country that has excelled so far is proving to be harder than imagined.

- Peter Kuras is a writer and translator based in Berlin

**Abbildung:** A deserted Brandenburg Gate in Berlin. 'While plans to reopen primary schools have been criticised for moving too quickly, the recommendation that nurseries stay closed until August or September has been widely condemned.'

**Wörter:** 965

**Urheberinformation:** Guardian News and Media Ltd